

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 36

Charlottenburg, Freitag, den 3. September 1915

Jahrg. 42

## Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 16. bis 21. August haben folgende Zahlstellen keine Berichte eingesandt:

Rahhütte, Kleindembach, Muxschen, Rauenstein, Rehau, Scheibe, Spechtsbrunn, Uhlstädt, Wolfstedt.

Das Verbandsbüro.

## Statistik! — Graue Karten.

Alle Zahlstellentasterer, die die mit Nr. 35 „Ameise“ erhaltene statistische (graue) Karte noch nicht ausgefertigt und an das Verbandsbüro eingesandt haben, werden dringend ersucht, dies sofort zu tun.

Bei der Angabe der Mitgliederzahl ist zu beachten, daß nur die in der Zahlstelle jetzt noch vorhandenen, aber nicht die beim Heere befindlichen Mitglieder gezählt werden dürfen.

Das Verbandsbüro.

## Die Notlage der Kriegerfamilien.

Die Fürsorge für die Kriegsverletzten und die Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen beschäftigt jetzt weite Kreise der Bevölkerung und erweckt lebhaftes Interesse in allen Bevölkerungsschichten. Und man kann es begreifen, daß versucht wird, dahin zu kommen, wenigstens die größten Schädigungen von diesen Opfern des Krieges fernzuhalten und daß ferner dahin getrachtet wird, auch den für die übrige Bevölkerung eventuell entstehenden Schaden abzuwenden. Es werden trotzdem, selbst bei erfolgreichster Tätigkeit auf diesen Gebieten, immer noch genügend Einzelfälle übrig bleiben, bei denen die Kriegsfolgen die Familienverhältnisse erheblich verschlechtern haben, ganz abgesehen von den seelischen Einwirkungen, die der Tod von Familienangehörigen oder ihre Verletzungen hervorrufen.

Bei aller Fürsorge für die Hinterbliebenen und die Kriegsverletzten darf aber nicht vergessen werden, daß auch noch eine andere Schicht vom Kriege Betroffener hilfsbedürftig ist, die jetzt, wie es scheint, nicht mehr so im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen, als dies bei Kriegsbeginn der Fall war: nämlich eine große Anzahl von Familien der Kriegsteilnehmer.

In den ersten Kriegstagen bildeten die Kriegerfrauen den Mittelpunkt der allgemeinen Sympathie. Arbeitsgelegenheiten und Unterstützungen waren vielfach nur für sie vorhanden. Das änderte sich bald, nachdem von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden war, daß die Kriegerfrauen durch die staatliche Unterstützung wenigstens etwas zum Leben hatten, während die Männer und Frauen, die durch den Krieg arbeitslos geworden waren, vielfach ohne jede Mittel waren.

Nach und nach ist dann das Interesse für die Kriegerfrauen erheblich abgeklaut. Soweit es sich darin betätigte, undsehen Frauen zu bevorzugen, nur weil sie Kriegerfrauen waren, war die veränderte Haltung zum Teil berechtigt. Das wieder funktionierende Wirtschaftsleben gab auch diesen Frauen vielfach Erwerbsgelegenheit, häufig hatten sie schon früher gearbeitet und ihre Tätigkeit gar nicht unterbrochen, so daß der Verdienst in Verbindung mit der Kriegsunterstützung die Not von ihnen und ihren Familien abhielt. In Einzelfällen waren sogar

Kriegerfamilien wirtschaftlich besser daran, als in der Zeit vor dem Kriege. Die Kenntnis solcher Fälle führte dann dazu, daß sogar vom guten Leben der Kriegerfrauen ganz allgemein gesprochen wurde.

Bei näherer Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien von Kriegsteilnehmern stellt sich aber heraus, daß die Mehrzahl schwer zu kämpfen hat, um in der jetzigen teuren Zeit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt auszukommen. Ein großer Teil muß sich unbedingt derartig einschränken, daß gesundheitliche Schädigungen, durch Unterernährung veranlaßt, die Folge sein müssen. Viele Familien haben eben keine anderen Mittel für den Lebensunterhalt, als nur die Kriegsunterstützung. Diese beträgt für die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers monatlich 12 Mark und für jedes Kind unter 15 Jahren monatlich 6 Mark. Eine Kriegerfamilie mit nur einem Kind erhält also vom Staat 18 Mark im Monat, mit zwei Kindern 24 Mark, mit drei Kindern 30 Mark, mit vier Kindern 36 Mark usw. Mit diesen Summen können Familien, die kein Nebeneinkommen durch Arbeit oder durch Landbesitz haben, unmöglich die nötigen Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnung bestreiten. Verschiedene Gemeinden zahlen deshalb ja auch Zuschüsse zur staatlichen Unterstützung, aber leider nicht alle. Nur die wenigsten Gemeinden geben Zuschüsse in Höhe der staatlichen Unterstützung oder wohl noch mehr. In der Mehrzahl der Fälle, wo Gemeinden Zuschüsse gewähren, erreichen diese keineswegs die Höhe der staatlichen Unterstützung. Nach einer Umfrage, die die Generalkommission der Gewerkschaften veranstaltet hat, gaben von 3740 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern über 2000 Gemeinden überhaupt keine Unterstützungen an Kriegerfrauen und ihre Familien. In einer großen Anzahl Gemeinden, die Unterstützung in irgendeiner Form zahlten, waren diese äußerst gering.

In solchen Orten sind nun die Kriegerfamilien entweder auf die private Wohltätigkeit angewiesen oder sie müssen versuchen, durch Arbeit etwas zu verdienen. Die Inanspruchnahme der privaten Wohltätigkeit wirkt aber immer etwas bedrückend, denn man hat dort nichts zu verlangen, sondern muß um Zuwendungen bitten. Die Gerechtigkeit erfordert allerdings, anzuerkennen, daß die private Wohltätigkeit in der Kriegszeit viel geleistet hat und recht oft, ohne Gegenleistungen zu verlangen. Trotzdem müssen sich die Menschen, die diese Hilfe in Anspruch zu nehmen gezwungen sind, bedrückt fühlen. Die Hauptsache aber ist, daß mit den von privater Seite zur Verfügung gestellten Mitteln die vorhandene Notlage der Kriegerfamilien nicht beseitigt werden kann. Allgemein geholfen kann nur werden, wenn durchweg die Gemeinden Zuschüsse zu der staatlichen Kriegsunterstützung leisten.

Damit den ärmeren Gemeinden dies möglich ist, hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 2. Dezember einen Fonds von 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aus dem an arme Gemeinden Zuschüsse zu den Leistungen für Kriegerfamilien gezahlt werden können. Ganz leistungsschwachen Gemeinden können sogar die gesamten Aufwendungen für diesen Zweck zurückerstattet werden. Nach den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen ist aber noch nicht die Hälfte des Fonds aufgebraucht worden. Es ist dies ein Beweis dafür, wie wenig eine Anzahl Gemeinden gewillt sind, die Kriegerfamilien zu unterstützen. Der Grund für diese Haltung wird wohl ausnahmslos die mangelhafte Vertretung der Arbeiterschaft in den Gemeindeverwaltungen sein. Im andern Falle wäre es unverständlich,



daß die vom Reich für Unterstützung der notleidenden Familien bereitgestellten Summen nicht in Anspruch genommen werden.

Nicht immer ist es den Kriegerfrauen möglich, ihr Einkommen durch Erwerbsarbeit zu erhöhen. Eine alleinstehende Frau wird, wenn sie gesund ist, dies ohne weiteres tun, und sie findet schließlich auch Arbeitsgelegenheit, wenn nicht im Hause, dann in Fabriken oder Werkstätten. Wo Kinder sind, ist die Uebernahme von Erwerbsarbeit aber mit Schwierigkeiten verknüpft. Sind die Kinder klein, dann müssen sie beaufsichtigt werden. Das ist aber leichter gesagt, als getan. Fremde Leute zur Aufsicht müssen bezahlt werden und Kindergärten oder -horte sind nirgends in genügender Zahl vorhanden, um alle Kinder aufzunehmen, die der Aufsicht mangeln. Frauen mit kleinen Kindern bleibt dann schließlich keine andere Erwerbsgelegenheit als Heimarbeit oder eine Tätigkeit, die sie nur auf kürzere Zeit vom Hause fernhält. Solche Erwerbsgelegenheiten bringen natürlich auch nur geringe Einnahmen. Das wichtigste aber ist, daß solche Stellen gar nicht in so großer Zahl vorhanden sind, um allen, die darauf reflektieren, Erwerbsgelegenheiten zu geben. Es gibt immer noch eine große Anzahl Frauen, — nicht nur Kriegerfrauen — die ihre Kinder allein lassen oder sie befreundeten Familien und Nachbarn übergeben müssen, um außerhalb des Hauses Erwerbsarbeit zu leisten. Alle Familien aber haben nicht Gelegenheit, die Kinder unterzubringen und außerdem finden alle Frauen beim besten Willen auch gar keine Beschäftigung. So bleiben also eine große Anzahl Familien übrig, die allein von der staatlichen Kriegsunterstützung leben müssen. Es sind denn auch bereits Fälle bekannt, wo größte Not und gesundheitliche Gefahren die selbstverständlichen Folgen sind.

Bei der Generalkommission ist über einige besonders trasse Fälle Beschwerde erhoben worden. Auf Vorstelligwerden hat hier das Reichsamt des Innern eingegriffen. Dieser Weg, der Notlage von Kriegerfamilien abzuwehren, ist aber nicht der richtige. Dadurch wird wohl im Einzelfalle, nicht aber der notleidenden Masse geholfen.

Das kann nur geschehen, wenn die Kriegsunterstützung erhöht wird und die Gemeinden gezwungen werden können, ihrerseits Zuschüsse zur staatlichen Kriegsunterstützung zu leisten, so daß es den Kriegerfamilien, die allein oder zum erheblichen Teil auf die Kriegsunterstützung angewiesen sind, auch möglich ist, damit die notwendigsten Ausgaben zu bestreiten.

Vor allem wird es nötig sein, die Gemeinden in höherem Maße als bisher zur Leistung von Zuschüssen heranzuziehen. Bei der Verschiedenartigkeit der Lebensbedingungen in den einzelnen Gebieten kann nur durch die Gemeinden ein Ausgleich herbeigeführt werden. Wo die Arbeiterschaft in der Gemeindeverwaltung genügend vertreten ist, werden diese Vertreter entsprechende Anträge zu stellen haben und dafür eintreten. Wo aber der Einfluß der arbeitenden Bevölkerung nur schwach ist, da müssen die Organisationen der Arbeiterschaft versuchen, durch gemeinsam gefaßte Beschlüsse die Gemeindeverwaltungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu veranlassen.

## Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1913.

Ueber die Tätigkeit der Gewerbe- und Bergbau-Aufsicht veröffentlicht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands alljährlich aus den amtlichen Berichten der Aufsichtsorgane eine zusammenfassende statistische Uebersicht, die zur Beurteilung über die Durchführung des Arbeiterschutzes im Deutschen Reiche wertvolles Material liefert. Der Bericht für das Jahr 1913 ist soeben erschienen; er dürfte auch bei der gegenwärtigen außergewöhnlichen Zeit einige Beachtung verdienen.

Der Gewerbeaufsicht waren 1913 insgesamt 321 401 Betriebe, in denen rund 6½ Millionen Personen beschäftigt waren, unterstellt. Die Zahl der in der Gewerbeinspektion tätigen Beamten ist im Berichtsjahre von 555 auf 564 gestiegen. Unter diesen Beamten befinden sich auch 48 weibliche Assistentinnen und 18 Gehilfen aus dem Arbeiterstande. Die Zahl der letzteren vermehrte sich um 11, eine Tatsache, die von der Arbeiterschaft begrüßt werden kann. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Beamten der Gewerbeinspektion 569,5 Betriebe und 11 540,6 Arbeiter. Diese Zahlen beweisen, wie stark die Beamten belastet sind und wie weit die Gewerbeaufsicht noch davon entfernt ist, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes durchzusetzen zu können. Dieses Moment drückt sich denn auch deutlich in den Verhältnisahlen der revidierten Betriebe aus. Von je 100 der Aufsicht unterstellten Betrieben wurden im Jahre 1913 nur 55,6 einer

Revision unterzogen, in denen 83,7 der gesamten Aufsicht unterstellten Arbeiterzahl beschäftigt war. Das Revisionsverhältnis gestaltet sich allerdings gegen das Vorjahr etwas günstiger, doch kann nur dann der Zustand als ein idealer angesehen werden, wenn ein jeder von den der Aufsicht unterstellten Betrieben mindestens einmal im Jahre revidiert wird, und bei Betrieben, die für Leben und Gesundheit der Arbeiter besonders gefahrbringend sind, die Revisionen sich des öfteren wiederholen.

Der Bergbauaufsicht waren 3123 Betriebe mit 877 170 beschäftigten Arbeitern unterstellt. Die Aufsicht wurde von 121 Beamten ausgeübt, sodaß auf jeden Beamten 25,8 der zu beaufsichtigenden Betriebe mit 7249,3 Arbeitern kamen. Von je 100 Betrieben wurden 95,0 revidiert und von den Revisionen ziffernmäßig fast alle Arbeiter erfaßt. Die größeren Gefahren des Bergwerksbetriebes erfordern natürlich eine höhere Revisionsstätigkeit; hier muß die Forderung lauten: daß alle Betriebe im Laufe des Jahres wiederholt und eingehend zu revidieren sind.

Gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung der Betriebe um 4,1 Proz. eingetreten. Die Gesamtarbeiterzahl bezifferte sich auf 7 386 173. Sie hat sich seit 1912 um 1,5 Proz. vermehrt. Die Gesamtarbeiterschaft setzt sich zusammen aus 5 409 546 erwachsenen Männern, 1 405 621 erwachsenen Frauen, 556 840 jugendlichen Personen von 14—16 Jahren und 14 166 Kindern unter 14 Jahren. Von je 100 Arbeitern waren 73,24 erwachsene Männer, 19,03 erwachsene Frauen, 7,54 Jugendliche und 0,19 Kinder. Bei einem Vergleich der Verhältnisahlen des Berichtsjahres mit denen des Vorjahres zeigt sich eine Vermehrung der billigeren Arbeitskräfte, das Merkmal jeder sinkenden Konjunktur des Wirtschaftslebens.

Von den der Aufsicht unterstellten Betrieben wurden 214 451 einer Revision unterzogen, darunter 31 799 wiederholt. Die Gesamtzahl der Revisionen belief sich auf 313 244. 4007 Revisionen wurden in der Nacht und 7095 an Sonntagen ausgeführt. Neben den Betriebsrevisionen fanden 37 694 Unfalluntersuchungen statt.

Bei den Revisionen sind in 21 159 Fällen, die sich auf 15 842 Betriebe erstreckten, Verstöße gegen die Jugendschutzbestimmungen festgestellt worden. Seit dem Jahre 1910 ist die Zahl der Verstöße nach den ermittelten Betrieben relativ, und zwar von 11,6 auf 8,7 Proz. zurückgegangen. Immerhin zeigen jedoch diese Ziffern, wie rücksichtslos die Unternehmer sich über die Bestimmungen des Jugendschutzes hinwegsetzen und wie notwendig eine scharfe Kontrolle derjenigen Betriebe ist, in denen Jugendliche beschäftigt werden.

Das Jahr 1910 brachte für die Arbeiterinnen den Beurlaubtag und das Nachtarbeitsverbot, und da in dem gleichen Jahre der Kreis der der Aufsicht unterstellten Betriebe erheblich erweitert wurde (Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern), so ist es erklärlich, wenn dieses Jahr den Höhepunkt der ermittelten Verstöße gegen die Arbeiterinnenschutzbestimmungen aufweist. Von 1910 ab ist ein ständiger Rückgang zu beobachten. Ein Zeichen, daß sich die Betriebsleiter allmählich an die weitergehenden gesetzlichen Bestimmungen gewöhnt haben. Immerhin wurden in 8620 Fällen Verstöße gegen die Arbeiterinnenschutzbestimmungen ermittelt. Auch die Bewilligung von Ueberarbeit für Arbeiterinnen ist seit 1910 ständig im Rückgang begriffen. Die Bewilligung von Sonntagsarbeit erscheint in den Berichten der Aufsichtsbeamten nur soweit, als diese Bewilligungen erfolgen auf Grund des § 105f der Gewerbeordnung, die Zulassung zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens. Es wurde 1913 3252 Betrieben für 153 813 Arbeiter zusammen 1 761 240 Stunden Sonntagsarbeit bewilligt. Das ergibt im Durchschnitt für jeden Betrieb 541,6 Stunden und für jeden davon betroffenen Arbeiter 11,5 Stunden. Bei der Bewertung dieser Zahlen darf jedoch nicht übersehen werden, daß außerdem der Bundesrat und Reichskanzler den höheren und unteren Verwaltungsbehörden noch zahlreiche Ausnahmen von der Sonntagsruhe gewähren können. Die vorstehenden Zahlen erschöpfen deshalb bei weitem noch nicht das volle Maß der bewilligten Sonntagsarbeit.

Die Entwicklung der Gewerbeaufsichtstatistik ergibt eine ständige Zunahme der von den Arbeiterschutzbefristungen erfaßten Betriebe und Arbeiter. Die Zunahme resultiert nicht lediglich aus dem allgemeinen Wachstum der deutschen Industrie, da durch Aenderung der Arbeiterschutzbefristungen weitere Gewerbebezweige und Betriebsgrößen der Gewerbeaufsicht unterstellt worden sind, namentlich kleinere Betriebe. — Auch der Einfluß der Gewerbeinspektion hat sich gehoben, doch ist sie noch weit davon entfernt, die Stellung einzunehmen, die



Ihr gebührt. Bei dem notwendigen weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes und der Durchführung desselben werden es die deutschen Arbeiter an ihrer Mitwirkung nicht fehlen lassen.

## Feldpostbrief.

In Flandern, 20. August 1915.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

In meinem Briefe vom 5. Juli (Siehe Nr. 31 „Ameise“), in dem ich Euch an Eure Pflichten unserm Verbands gegenüber gemahnte, stellte ich auch in Aussicht, etwas über meine Erlebnisse während meiner bisherigen Dienstzeit zu erzählen. Dem will ich heute nachkommen. Im Oktober v. J. wurde ich als Ersatzreservist eingezogen und einer Garnison in Rheinhesen zur Ausbildung überwiesen. Zu dieser Zeit gingen ja die Wellen vaterländischer Begeisterung noch besonders hoch. Als wir über den Rhein fuhren, erscholl aus allen Kehlen „Die Wacht am Rhein“. Ueber meine Ausbildung an sich ist nichts von besonderer Bedeutung zu sagen. Bemerken will ich, daß wir in Bürgerquartieren lagen und ich das Glück hatte, einen guten Quartierswirt zu erhalten. Ich wurde geradezu wie ein Familien-Angehöriger behandelt und bekomme noch heute Pakete mit Schwaren, Zigarren usw. von ihm ins Feld gesandt. Diesen Deuten bin ich zu großem Dank verpflichtet.

Am 1. Januar d. J. rückten wir ins Feld, am 3. Januar kamen wir zu unserer Kompanie und bereits am 5. ging es zum ersten Mal in den Schützengraben. An diese erste Ab- lösung werde ich noch lange denken. Wiederholt ging es durch Schlamm bis an die Knie. Unsere Beine mußten wir mit Sackleinwand doppelt umwickeln. Als ich noch in der Heimat war, hatte ich des öfteren Abbildungen von prachtvollen Unter- ständen in Zeitschriften gesehen. An unserm Standort war davon nichts zu spüren. Ein paar Erdlöcher, darüber einige Bretter und Erde war da, aber noch nicht für uns Neulinge, sondern nur für die alten Krieger. Wir Neulinge hatten uns auch noch nicht mit genügend Brot versorgen können.

Nun gingen wir drei Mann daran, uns einen Unterstand zu bauen. Bretter und Stroh wurden herbeigeschafft. Doch der fortwährende Regen ließ uns nicht zur Ruhe kommen. War der Unterstand nicht wieder zusammengefallen, so rutschte ein Stück Graben ein, das wieder ausgebessert werden mußte, oder der Graben mußte ausgeschöpft werden. Diejenigen, die den ganzen Winter in Flandern aushalten mußten, können ein Liedchen von Unnehmlichkeiten dieser Art singen.

Hierbei möchte ich bemerken, daß unsere Stellung dennoch eine ganz interessante war. Wir lagen stellenweise bis auf 60 Meter dem Feinde nahe, damals ausschließlich nur Franzosen. Lange sollte ich jedoch nicht den Winter in dieser Stellung durch- kosten, denn schon im Januar noch packte mich der Typhus, der meine Ueberführung ins Lazarett notwendig machte. Ich war froh, als ich das Lazarett wieder verlassen konnte. Wenn in der Front die Empfindung für manches abgestumpft wird, ist es im Lazarett doch anders.

Nach der Entlassung aus dem Lazarett erhielt ich 14 Tage Heimaturlaub. Am 12. April kam ich wieder zur Kompanie. Hier erfuhr ich sofort, daß es in Kürze etwas zu tun gibt. Wir lagen zu dieser Zeit in Ruhe, doch in ständiger Alarm- bereitschaft. Während 10 Tagen durften wir nicht abschnallen. Für mich, der ich noch unter den Nachwirkungen der eben überstandenen Krankheit zu leiden hatte, war dies nicht leicht. Am 22. April begannen die Kämpfe bei Ypern. Infolge Anwendung von Stinkgranaten durch die Engländer waren wir gezwungen, uns der Gasgeschosse zu bedienen und kamen diese hier das erste Mal in Anwendung. Es waren harte Kämpfe, die wir hier durchzumachen hatten und waren froh, als wir wieder abgelöst wurden. Jetzt kommen wir abwechselnd 6 Wochen in Stellung und 6 Wochen in Ruhe. Natürlich darf sich niemand die Zeit der Ruhe als eine Zeit des Ausruhens vorstellen. — In unserer Kompanie sind fast alle Berufe ver- treten, Rechtsanwäite, Studenten, Kaufleute, Arbeiter aller Berufsgruppen usw., die jetzt merkwürdiger Weise alle nur eine Meinung über das Soldatenleben haben. Hoffentlich hält diese Meinung auch nach dem Kriege noch an.

Nun, Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zu unserer Organisation. In Nr. 32 „Ameise“ sind zwei Artikel enthalten, die mich besonders interessierten. Der Aufruf „Gegen den Lebensmittelwucher“, unterzeichnet von der Generalkommission und dem Parteivorstand, und „Unser Verband im Jahre 1914“. In letzterem ist es die geschilderte Fluktuation im Mitglieder- bestand, die zum Nachdenken anregt. Kollegen, Ihr erseht aus

Vorstehendem, daß wir im Felde wahrlich keine angenehme Position haben, aber davon sind wir doch alle überzeugt, daß es gilt durchzuhalten. trotz aller Schwierigkeiten und Unan- nehmllichkeiten. Was wäre aus Deutschland geworden, wenn das deutsche Volk nicht einig gewesen und einig geblieben wäre? Das Wort: Einigkeit macht stark! hat sich wieder einmal bewährt, es gilt aber auch für uns Arbeiter. Wenn jeder seine eigenen Wege gehen will, erreichen wir nichts. Wir müssen zusammenhalten, jetzt mehr, als je. Wir müssen uns auf harte Kämpfe gefaßt machen, wenn es gelingen soll, die Lebens- mittelpreise und Arbeitslöhne wieder in ein gesundes Verhältnis zueinander zu bringen. Das werden wir nur erreichen, wenn auch im Verband die Parole gilt: **A u s h a l t e n !**

Mit kollegialem Gruß

Willy Böttner.

## Aus anderen Verbänden

Der Verband der Portefeuller und Sattler während des ersten Kriegsjahres. Der Zustrom Berufsfremder zur Arbeit in der Lederausrüstungsindustrie hat auf den Verband der Sattler und Portefeuller insofern günstig eingewirkt, als er seine Werbemöglichkeit auf einen großen Teil bisher Un- organisierter ausdehnen konnte. Während der vier letzten Quartale wurden mehr als 11 000 Neuaufnahmen vollzogen. Wenn der Verband am 1. Juli 1915 trotzdem nur 177 männ- liche und 899 weibliche Mitglieder mehr zählte, als am gleichen Tage des Vorjahres, so liegt das daran, daß über 7000 Mitglieder bereits zum Kriegsdienst eingezogen waren und im letzten Vierteljahr allein meist neugewonnene, berufs- fremde Mitglieder wieder gestrichen wurden. Der Beschäfti- gungsgrad in der Ausrüstungsindustrie hat in den letzten Monaten merklich nachgelassen; von den Entlassungen sind aber fast gar keine Sattler betroffen. Am 1. Juli zählte der Ver- band 13 713 männliche und 1899 weibliche Mitglieder. Neu aufgenommen wurden in den Monaten April, Mai, Juni 2093, wegen Reste gestrichen und zum Militär eingezogen 4768. Für Beiträge und Aufnahmegebühren vereinnahmte die Zentralkasse 99 537 Mk., die Lokalkassen 18 188 Mk. Infolge der guten Beschäftigung bezugsberechtigter Mitglieder wurden nur 15 460 Mark für Unterstützungen ausgezahlt, im gleichen Vierteljahr des Vorjahres dagegen 85 541 Mk. Am 31. Juli 1915 wurde die sechste Kriegsstatistik aufgenommen, aus der eine ständige Zunahme der Frauenarbeit in der Lederausrüstungsindustrie zu entnehmen ist. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist im Juli auf 13 662 gefallen, die der weiblichen auf 2116 gestiegen. Vollbeschäftigt waren 14 877, verkürzt arbeiteten 240, arbeitslos waren 291, krank 151. Zum Militär eingezogen waren 7092, darunter 3669 Ledige.

## Vermischtes

Pflegschaftsgelder für Kriegerwaisen fordert eine vom Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen an die gesetzgebenden Körperschaften gerichtete Eingabe. In der Begründung dieser Eingabe wird u. a. auf folgendes verwiesen: Die Dankbarkeit gegen unsere gefallenen Krieger legt uns die Pflicht auf, ihre Häuslichkeit in ihrem Sinne zu erhalten. Nichts bedeutet aber so sehr ein Herabdrücken des gesamten häuslichen und Familienlebens, als wenn die Frau zur Erwerbsarbeit gezwungen wird. Auch legt die Abnahme der Geburtenrate, die durch den Krieg verursachte hohe Sterblich- keitsziffer und die Notwendigkeit, unser Volk nach Zahl und Tüchtigkeit auf der Höhe zu halten, uns die Pflicht auf, die Mütter, soweit möglich, für die Pflege und Erziehung ihrer kleinen Kinder freizustellen.

Im Interesse möglichst langen Stillens und guter Säug- lingspflege sollten alle Mütter der Kriegshalbwaisen wenigstens in deren erstem Lebensjahr nicht zum Erwerb gezwungen werden. Nicht minder liegt es im Interesse einer sorgfältigen Pflege und Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Kinder, daß ihnen die Mutter voll erhalten bleibt, während nach dem Eintritt in die Schule ein Teil der Erziehungspflichten an diese übergeht. Es werden dementsprechend Pflegschaftsgelder für unbemittelte Kriegerwitwen mit einem Säugling bis zu einem Jahr und Kriegerwitwen mit zwei oder mehr Kindern, von denen mindestens eines noch nicht schulpflichtig ist, ge-



fordert. Die Pflugschaftsgelder sind nach dem Ortslohn für erwachsene männliche Tagelöhner in einer Höhe zu bemessen, die es der Mutter gestattet, ihre vollen Kräfte unter Ausschluß der Erwerbsarbeit auf die Pflege ihrer Kinder zu verwenden.

Dem Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen gehören eine Reihe Arbeiter- und Angestelltenverbände an, sowie Frauen- und Fürsorgevereine; auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist im Ausschuss vertreten.

Wie gewuchert wird, davon teilt die freigewerkschaftliche „Textilarbeiter-Zeitung“ folgende Stichprobe mit: „Ein Landwirt, der einem Händler Kartoffeln verkauft hatte, ohne sie rechtzeitig zu liefern, erhielt von dem Händler folgendes Schreiben:

„Nachdem Sie trotz der Ihnen am 2. April d. J. gestellten Lieferfrist mir bis heute die von Ihnen gelauten Kartoffeln nicht geliefert, lehne ich nunmehr die Annahme Ihrer Leistung ab und verlange statt Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung. Mein entgangener Nutzen stellt sich wie folgt:

1000 Ztr. „Industrie“ gekauft à 2,45 Mt.  
verkauft mit à 6,50 Mt. . . . = 4050 Mt.  
1000 Ztr. „Weltwunder“ gekauft à 2,35 Mt.  
verkauft mit à 6,— Mt. . . . = 3650 Mt.

Zusammen 7700 Mt.

Ich bitte um Einsendung des Betrages innerhalb acht Tagen, widrigenfalls ich die Sache, so leid es mir tut, dem Rechtsanwalt übergebe.“

Also 3,65 bis 4,05 Mt. pro Zentner Verdienst hat sich der Händler berechnet, d. h. einen Verdienst, der durchschnittlich etwa dem 1½fachen Betrage des Kaufpreises entspricht.“

Der Verband der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten, der die Gesellschaften der verschiedenen preussischen Provinzen und einiger außerpreussischer deutscher Staaten umfaßt, erzielte, nach einer Mitteilung der „Post“ in Berlin, im Jahre 1914 30 883 neue Volksversicherungen mit 15,6 Millionen Mark Kapital und hatte dadurch am Ende des Jahres 1914 einen Bestand von etwa 40 000 Volksversicherungen in Höhe von 20,5 Millionen Mark. Die Deutsche Volksversicherung A. G. hatte einen Neuzugang von 31 930 Versicherungen mit 12 764 531 Mt. Kapital und Ende 1914 einen Gesamtbestand von 35 044 Versicherungen mit 12 748 499 Mt. Kapital. Die zu gleicher Zeit die Volksversicherung eröffnende Volksfürsorge hatte dagegen einen Neuzugang von 101 014 Versicherungen mit 20 455 155 Mt. Kapital und Ende 1914 einen Bestand von 163 469 Versicherungen mit 25 615 271 Mt. Kapital. Es haben sonach alle Maßnahmen gegen die Volksfürsorge doch nicht verhüten können, daß in dem nicht immer mit einwandfreien Mitteln geführten Konkurrenzkampfe die Volksfürsorge an die Spitze kam.

## Literarisches

**Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg.** Unter diesem Titel hat Luise Zieg eine Schrift veröffentlicht, die zunächst als Ergänzungsheft zu der Wochenschrift „Die Neue Zeit“, jetzt aber auch als besondere Broschüre erschienen ist. Sie behandelt darin die Lage der Frauen, wie sie der Krieg geschaffen hat und in besonderen Kapiteln die Einzelfragen, die sich daraus für die Frauen im allgemeinen und ganz besonders für die organisierten Frauen ergeben haben. Eingehend ist deren Betätigung in der Kriegsfürsorge und ihren Organisationen geschildert. Den sozialpolitischen Errungenschaften der Kriegszeit und den Kriegsfürsorgebestimmungen widmet die Verfasserin verschiedene Abschnitte. Ferner der Frauenwahlrechtsfrage und der Stellung und den Wünschen der sozialdemokratischen Frauen zur internationalen Verständigung der Völker und zum Frieden.

Die Leser der Broschüre werden aus ihr mancherlei wertvolle Anregungen erfahren und auch Material erhalten für spätere aufklärende Tätigkeit unter den Frauen und Töchtern der Arbeiterschaft.

## Steinmetz.

Steinmetz, Wilhelm, geb. 21. Mai 1872 in Spechtbrunn, gestorben am 28. Juli in Göttingen. Mitglied seit 1912.

Ehre seinem Andenken!

## Adressen-Henderungen

**Plaue.** Rff. Berthold Berlet, Mt., Arnstädterstr. 18 dd.  
**Röslau.** Rff. Gottfrd. Rogler, Fgfr., Oberröslau 127.  
**Eilenberg.** Wj. Hermann Brendel, Fabrikstr. 10a.  
**Gräfenhal.** Rff. Frau Emma Biedel, Walkmühle 5.

## Versammlungs-Anzeigen

**Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**

**Huma.** Sonnabend, 4. September, 8 Uhr, bei Senff.  
**Elmshorn.** Sonnabend, 11. September, 8 Uhr, bei Hinrichs, Petersenstr. 11.  
**Fraureuth.** Sonnabend, 11. September, 8 Uhr, bei Bollstädt.  
**Goldlauter.** Sonntag, 12. September, bei Emil Schübel. Wichtige Tagesordnung.  
**Magdeburg.** Sonnabend, 4. September, 8½ Uhr, bei Harnack, Schmidstr. 58.  
**Nürnberg.** Sonnabend, 11. September, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neue Gasse. Mitglieder, die aus wichtigen Gründen am Besuch der Versammlung verhindert sind, wollen die Beiträge beim Kassierer bezahlen.  
**Suhl.** Sonntag, 12. September, 3 Uhr, Dombergs Ansicht.  
**Tiefenfurt.** Sonnabend, 4. September, 8½ Uhr, in der Brauerei, (Lange Stube).

## Anzeigen

**Dresden.** Infolge Einberufung des Geschäftsführers ist unser Büro von Freitag, den 3. September, an nur noch abends von ½ 7-8 Uhr, Sonnabends aber von ½ 5-8 Uhr geöffnet.

Arbeitslose Mitglieder, welche Unterstützung beziehen, müssen sich nach wie vor täglich im Büro der Gastwirtsgehilfen, Rixenbergstraße 6 II, in der Zeit von vormittags 10-11 Uhr melden.

Die Adresse des Stellvertreters lautet:

Georg Dsang, Dresden-Mitt. 1, Rixenbergstraße 6 II.

Die Verwaltung.

Preis der Einzelheften  
Beitrag 30 Pfennig

## Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung  
in Bebingung

**Goldschmiedere, goldh. Malrückstände usw.**

kauft M. Köhler, Dresden-N., Gericht-Straße 8 II.  
Schnelle Preise. — Reelle Bedienung. — Sofort Kasse.

## Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Zukunfts  
großen  
Umsatz  
höchste  
Preise



Edel-  
Metall-  
Schmelze  
Gegründet  
1896

Osterwethstrasse 32

Otto Seifert, Zwilckau S.

**Gold-, Silber- und Platinabfälle**

als Schmiere, Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Röpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend

Max Haupt, Dresden-N., Bönilchplatz 17.

**Goldschmiedere,** Goldflaschen und alle in der Bergolderet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

**Alle Goldabfälle**

kauft  
höchstzahlend

H. Langhammer, Wiltau, b. Zwilckau i. Sa.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 28.